

NZZ vom 8.2.13:

Für mehr Wettbewerb unter den Kindertagesstätten

Luzern finanziert Kindertagesstätten mit Betreuungsgutscheinen - Bern und andere Städte tun sich damit schwer

Ein politisches Hickhack verhindert in Bern die Einführung von Betreuungsgutscheinen für Kinderkrippen. In Luzern hingegen hat man damit Erfolg. Das zeige, dass die Idee des Familienartikels nicht im Widerspruch zum Markt stehe, so die Befürworter.

Daniel Gerny, Erich Aschwanden

Wie treibt man die Schaffung von Kinderkrippenplätzen voran? Im Zusammenhang mit dem Familienartikel, über den am 3. März abgestimmt wird, erhält diese Frage grosse Aufmerksamkeit. Ob und in welchem Umfang dies gelingt, hängt stark von den Rahmenbedingungen in den einzelnen Gemeinden ab. Dies zeigt sich in Bern und Luzern, wo die Finanzierung von Kindertagesstätten auf der politischen Traktandenliste stand und steht: In Luzern ist ein neuer Kurs bereits etabliert. In Bern dagegen strebt die Diskussion auf ihren Höhepunkt zu - drei Bundespolitikerinnen engagierten sich an vorderster Front.

Bern stimmte bereits zu

Nur wenige Monate nach der Abstimmung über den Familienartikel müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Bundesstadt voraussichtlich über die Einführung von Betreuungsgutscheinen zur Finanzierung von Kinderkrippen entscheiden. Nach diesem System werden die Subventionen nicht an einzelne Institutionen vergeben, sondern in Form von Gutscheinen an die Eltern ausbezahlt. Sie können diese bei einer Krippe ihrer Wahl einlösen - womit die Kinderbetreuung vergünstigt wird. Das System ist indessen politisch umstritten, und das nicht nur in der Stadt Bern.

Im Jahr 2011 stimmten die Bernerinnen und Berner den Betreuungsgutscheinen gegen den Willen von Grünen und SP bereits einmal zu. Doch die Fronten blieben verhärtet: Die Stadtregierung unterbreitete Ausführungsbestimmungen, mit denen die Initiantinnen und Initianten, darunter die in- zwischen zur Nationalrätin gewählte Grünliberale Kathrin Bertschy, nicht einverstanden waren. Im Stadtparlament reicherten sie die Vorlage mit wettbewerbsorientierten Elementen an, worauf die Linke mit einem Volksvorschlag (eine Art konstruktives Referendum) konterte.

Sie wehrt sich dagegen, dass die Defizitgarantie für die öffentlichen städtischen Krippen sowie der Maximaltarif für die Eltern-Gebühr gestrichen werden. Der Systemwechsel werde sonst dazu missbraucht, um die öffentlichen Kindertagesstätten zu schwächen und die Elternbeiträge zu erhöhen. Das treffe vor allem Familien mit kleineren Einkommen, argumentierte nach dem Parlamentsentscheid die damalige Co-Präsidentin der Stadtberner SP und heutige Generalsekretärin der SP Schweiz, Flavia Wasserfallen.

Über 60 Prozent mehr Plätze

In der Stadt Luzern, die das System bereits seit 2009 versuchsweise und 2013 definitiv eingeführt hat, kommt man zu einem gegenteiligen Schluss: Damit Kindertagesstätten attraktiv bleiben, sei es wichtig, dass die Institutionen ihre Tarife frei bestimmen könnten, sagt Claudia Huser, die bei der Stadt Luzern für diesen Bereich zuständig ist. Laut Huser hat sich die Zahl der Krippenplätze seit Einführung der Gutscheine um über 60 Prozent erhöht - ohne dass die Kosten pro Platz gestiegen sind. Die Höhe der finanziellen Unterstützung ist dabei abhängig vom steuerbaren Einkommen und vom Erwerbsspensum. Auch zu Dumpingpreisen, wie mancherorts befürchtet, sei es nicht gekommen: Die Tarife passten sich automatisch der erbrachten Leistung an. Wartezeiten gebe es nur noch in Einzelfällen, so Huser.

Die Einführung der Betreuungsgutscheine hat dazu geführt, «dass es für Kindertagesstätten attraktiver wurde, eine Einrichtung auf dem Platz Luzern zu eröffnen oder ihr bestehendes Angebot auszubauen», heisst es in einem Evaluationsbericht. Die Befunde darüber, inwiefern sich das Finanzierungsmodell auch auf die Qualität auswirkt, sind dagegen weniger eindeutig. In einem Bericht der Stadt Luzern

heisst es, dass die Professionalität und das Qualitätsbewusstsein zugenommen hätten, insbesondere weil der finanzielle Spielraum der Krippen erhöht worden sei.

Eine Untersuchung der Universität Freiburg kommt dagegen zum Schluss, dass Gutscheine nicht zu einer besseren Betreuung führten - schon deshalb, weil es für Eltern schwierig sei, die Qualität zu beurteilen und damit zum Kriterium zu machen.

Mehr Krippenplätze bei zumindest gleichbleibender Qualität - für die heutige CVP-Generalsekretärin Beatrice Wertli ist das Luzerner Modell ein Musterbeispiel dafür, dass die Ziele des Familienartikels nicht im Widerspruch zum Wettbewerb stehen. Als Berner Stadträtin setzte sie sich deshalb vehement für Betreuungsgutscheine ein. Die Widerstände der Berner SP und des Grünen Bündnisses hält sie für absurd: Mit einer Defizitgarantie und fixierten Elternbeiträgen bestünden für private und staatliche Krippen weiterhin ungleiche Spiesse. Mit anderen Worten: Auf diese Weise würden zwar Geldströme umgeleitet, gleichzeitig werde aber die Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze erschwert. Alles bleibe de facto beim Alten.

Auch Basel-Stadt dagegen

Aus Angst vor einem verfehlten Anreizsystem wehrte sich vor einigen Jahren auch die Regierung des Kantons Basel-Stadt gegen die Einführung von Betreuungsgutscheinen. «Durch ihre Wahl nehmen die Eltern theoretisch zugleich Einfluss auf die Entwicklung der Angebote», schrieb sie dazu. Das sei nicht erwünscht, denn solange das Angebot knapp sei, stiegen nur die Preise. Doch inzwischen findet das Luzerner Modell erste Nachahmer, vorerst vor allem in der Zentralschweiz. Die Gemeinden Ebikon, Emmen, Horw, Hochdorf und Kriens haben es eingeführt und inzwischen auch der Kanton Uri. Im Kanton Zürich setzt Urdorf auf dieses Modell und im Kanton Schwyz die Gemeinde Freienbach. Claudia Buser: «Das Interesse wächst.»